



Roderich Kiesewetter
Mitglied des Deutschen Bundestages

Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Beteiligung an der Europäischen Überbrückungsmission in der Zentralafrikanischen Republik (EUFOR RCA)

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktion der CDU/CSU stimmt dem Antrag für das Mandat in Zentralafrika zu; das haben wir schon Anfang der Woche deutlich gemacht. Lassen Sie mich drei aus meiner Sicht sehr wesentliche Punkte noch einmal herausstellen.

Erstens. Es geht auch um die deutsche Verantwortung innerhalb der Europäischen Union. Es geht um unser Engagement innerhalb der Europäischen Union. Ich bin der Kollegin Anita Schäfer ausgesprochen dankbar, dass sie einen ganz wichtigen Punkt angesprochen hat. Wir brauchen zurzeit angesichts der Entwicklungen östlich der EU und auch in unserer südlichen Nachbarschaft eine absolut handlungsfähige Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, und wir brauchen eine NATO, die auf Rückversicherung setzt. Anita Schäfer hat eines deutlich gemacht: Wir müssen unsere Partner in der EU überzeugen, dass sie Kräfte für einen Einsatz in Afrika zur Verfügung stellen. Das geht nur, wenn wir Deutsche nicht an der Seite stehen, sondern uns aktiv beteiligen. Deshalb stimmen wir dem Mandat zu.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE])

Zentralafrika hat über 4,5 Millionen Einwohner, über die Hälfte davon ist auf humanitäre Hilfe angewiesen, über 1 Million Menschen sind täglich auf Nahrungsmittelhilfen angewiesen, 600 000 Menschen sind innerhalb des Landes auf der Flucht, und 300 000 Menschen haben ihr Land bereits verlassen. Das darf uns nicht kalt lassen, jedenfalls nicht so kalt, wie es die Linken in diesem Fall lässt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Christine Buchholz [DIE LINKE]: Das lässt uns überhaupt nicht kalt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin auch den Grünen sehr dankbar. Was der Kollege Schmidt gesagt hat, kann die Mehrheit des Hauses mittragen.

Das führt mich zu meinem zweiten Punkt. Es geht um das Afrika-Konzept. Wir als Bundestag sind in der Lage, sehr kurzfristig zu handeln. Wir haben dieses Mandat innerhalb einer Woche beraten. Die Minister von der Leyen, Steinmeier und Müller

(Zurufe von der LINKEN)

haben mit ihrer Ankündigung eines neuen weiterentwickelten Afrika-Konzepts klargemacht, dass wir auch strategisch handeln wollen. Diese Bundesregierung nimmt Afrika ernst. Das muss uns auch heute bewusst sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Christine Buchholz [DIE LINKE])

Dieses Ernstnehmen zeigt sich auch daran, dass unsere Bundeskanzlerin beim EU-Afrika-Gipfel klare Worte gefunden hat. Wenn unsere Bundeskanzlerin, wenn unsere Regierung, wenn unser Bundestag



Roderich Kiesewetter
Mitglied des Deutschen Bundestages

deutlich macht, dass wir als Europäische Union in Afrika handlungsfähig sein müssen, dann werden auch andere Staaten überzeugt werden und uns folgen. Wir müssen hier gemeinsam Verantwortung tragen. Deutschland kann das nicht alleine. Wir wollen aber auch nicht, dass einzelne Staaten vorpreschen und ausschließlich militärische Lösungen erreichen. Deshalb brauchen wir ein zivil-militärisches Konzept mit diplomatischen Mitteln, mit Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit. Ich glaube, dieses Ziel müssen wir in dieser Legislaturperiode unbedingt erreichen. Wir brauchen ein zivil-militärisches Afrika-Konzept, das auf einer breiten Grundlage steht und auch die Zivilgemeinschaft einbindet.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ganz entscheidend ist aus meiner Sicht auch: Die Europäische Union engagiert sich mit zehn Missionen zivil-militärisch in Afrika, die Vereinten Nationen engagieren sich mit neun Missionen in Afrika, in denen insbesondere die Afrikanische Union, also afrikanische Staaten, Verantwortung tragen. Das macht 19 Missionen. Es ist unsere Aufgabe, die dort engagierten Staaten, die dort engagierten Gesellschaften aus Afrika zu unterstützen und zu befähigen, dass sie mit diplomatischen Mitteln, mit Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit und, wo angebracht, auch mit militärischen Mitteln zur Konfliktlösung beitragen können. Hier sehen wir unsere Ertüchtigungsaufgabe. Das ist keine rein militärische Aufgabe. Dieses Afrika-Konzept sollten wir auch in der Europäischen Union vertreten, damit auf Basis eines Gesamtkonzeptes diese 19 verschiedenen Missionen von EU und Vereinten Nationen koordiniert werden.

Ich komme zu meinem abschließenden Punkt, zum regionalen Zusammenhalt. Der Kollege Bartels, die Kollegin Wagner, der Kollege Juratovic und ich hatten vergangene Woche die Ehre, für den Deutschen Bundestag bei der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in Athen sein zu dürfen. Wir haben die Gelegenheit genutzt und mit der Hohen Repräsentantin über das Umfeld von Zentralafrika gesprochen. Dabei sind zwei Dinge deutlich geworden:

Erstens. In Mali leben 4 Millionen Malier mit einem europäischen Pass. Sie sind französische Staatsbürger. Wir wollen, dass diese dort eine Perspektive haben.

Der zweite Punkt ist Libyen. Es reicht nicht aus, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir uns um Mali und die Zentralafrikanische Republik kümmern. Wir haben Frau Ashton ermutigt, mit Blick auf Libyen stärker nach Lösungen zu suchen. Wenn wir an einem Afrika-Konzept arbeiten, dann geht es auch darum, dass wir verhindern, dass Libyen ein Rückzugsort für Islamisten wird, ein Rückzugsort für ausländische Kämpfer, ein Rückzugsort für Terroristen und ein Ort, an dem Proliferation an der Tagesordnung ist, also der Verkauf und die Verteilung von Waffen, und zwar nicht nur von Kleinwaffen, sondern auch von schweren Waffensystemen. Wir brauchen ein Gesamtkonzept für diese Region. Der Einsatz, über den wir heute entscheiden, ist ein Baustein, allerdings ein sehr wesentlicher.

Ich werbe um Ihre Unterstützung und fordere die Kollegen der Linken auf, ihre Position zu überdenken und diese Menschen nicht zu vernachlässigen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)